Neueste tagesaktuelle Berichte ... Interviews ... Kommentare ... Meinungen .... Textbeiträge ... Dokumente ...

Schattenblick

MA-Verlag | Elektronische Zeitung Schattenblick | Mittwoch, 13. Februar 2019

POLITIK / REPORT

Dem Karl Liebknecht haben wir's geschworen - der Stab wird weitergereicht ...

(SB) - Die Welt der Räuberhorden ist aus den Fugen geraten. Nicht, weil sie das Schicksal der Millionenheere von Ausgebeuteten und Verelendeten, Kriegsopfern und Vertriebenen, Drangsalierten und Entwürdigten auch nur im mindesten rührte. Nicht, weil sie eingesehen hätten, daß ihr proklamiertes Ende der Geschichte, ihre unipolare Weltordnung ... *(Seite 5)*

POLITIK / REDAKTION

Rüstung - die Wahrheit stirbt zuerst ...

(SB) - Für die Aufkündigung des Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty von 1987 durch die USA am 2. Februar machen Politik und Medien im Westen Rußland allein verantwortlich. Demnach habe Moskau ... *(Seite 13)*

POLITIK / KOMMENTAR

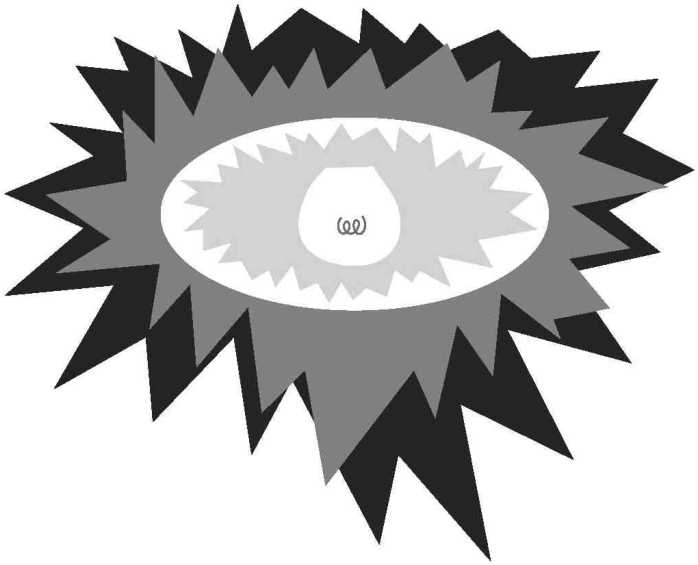
Sozial fortschrittlich und links - Kesseltreiben ...

(SB) - Unter den Funktions- und Geldeliten dieses Staates scheint die Angst umzugehen. Man hat etwas zu verlieren und wähnt sich von der sozialen Opposition der außerparlamentarischen Linken bedroht. Jüngstes ... *(Seite 15)*

Beteiligungsmodul Psychologie - Selbstkritik ...

Prof. Dr. Klaus-Jürgen Bruder im Gespräch

Kritik der Politischen Psychologie muss deutlicher werden.
Interview mit dem Psychologen und Psychoanalytiker Prof. Dr. Klaus-Jürgen Bruder



Krieg nach innen
Krieg nach außen

Die Intellektuellen als Stützen der Gesellschaft?

Kongress der Neuen Gesellschaft für Psychologie
vom 7. bis 10. März in Berlin

Quelle: Neue Gesellschaft für Psychologie (NGfP)

Schattenblick (SB): Der Titel des diesjährigen Kongresses der Neuen Gesellschaft für Psychologie, deren Vorsitzender Sie sind, lautet "Krieg nach innen - Krieg nach außen". Warum so eine provokante Überschrift?

Klaus-Jürgen Bruder (KJB): Warum nicht? Warum sollen wir uns nicht trauen die Dinge zu

benennen? Ein Mann wie Warren Buffet - US-amerikanischer Großunternehmer und Milliardär - zögert nicht zu formulieren: "There's class warfare, all right, but it's my class, the rich class, that's making war, and we're winning." Warum sollten wir da zögern, die Erniedrigung von Menschen unter Hartz IV-Bedingungen, die Verunsicherung der Bevölkerung, deren Lenkung gegen ihre eigenen Interessen oder die Manipulation durch Mainstreammedien als Krieg nach innen zu bezeichnen und die Feindbild-Kreationen samt militärischen Interventionen als Krieg nach außen? Ist das kein Krieg?

Ausgangspunkt unserer Kongresse waren auch in früheren Jahren immer gesellschaftliche Problemlagen - siehe "Migration und Rassismus", "Gesellschaftliche Spaltungen" und andere. Auch in diesem Jahr beschreibt der Titel eine Problemlage. Im Untertitel rücken wir die Verantwortung der Intellektuellen in den Fokus, besonders derjenigen, die in den Medien arbeiten. Aber wir nehmen uns als Psychologen und Psychotherapeuten nicht aus, obwohl unsere Wirkung verglichen mit der Manipulation einer ganzen Bevölkerung gering ist.

SB: Ihre Kritik geht in viele Richtungen, ein Rundumschlag, der tatsächlich auch um die Psychologie keinen Bogen macht. Was werfen Sie Ihrer Disziplin vor?

KJB: In der Psychologie ebenso wie in der Soziologie und Politikwissenschaft, in der Geschichtswissenschaft usw. kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als wollten die Vertreter dieser Disziplinen lieber die Politiker beraten, wie sie die Bevölkerung bei der Stange halten können, statt die Anliegen und Forderungen der Bevölkerung an die Regierung mit ihrer wissenschaftlichen Expertise zu unterstützen. Die Seite der Bevölkerung zu vertreten, entspräche unseren - "ewig gestrigen"? - Vorstellungen von Demokratie sicher besser, wäre aber ohne eine Kritik der herrschenden Verhältnisse als den menschlichen Möglichkeiten zutiefst widersprechend nicht zu machen.

SB: Sie üben Kritik an den Linken, die Ihres Erachtens die Rolle der Psychologie unterschätzen. Und Sie haben an anderer Stelle formuliert: "Es ist die Psychologie, mit der die Kapitalisten gesiegt haben." Geht es also nicht um Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, die in der Vergangenheit die Ablösung einer Gesellschaftsordnung durch eine andere erforderlich gemacht haben? Werfen Sie Karl Marx und die Politische Ökonomie damit über den Haufen?

KJB: Tatsächlich unterschätzen meines Erachtens die meisten Marxisten die Rolle der Psychologie, die Bedeutung der Erzählungen, des Diskurses. Die Diskurse und die darin transportierten Erzählungen sind es, die den Kapitalismus aufrechterhalten. Und das, obwohl die Krisen des Systems längst auf einen Systemfehler hinweisen, wie Vladimiro Giaché schreibt. Dafür sprechen nicht nur die Unfähigkeit, den Klimawandel aufzuhalten, die Ausplünderung armer Länder, Terrorismus und die Formen "sauberer Gewalt", wie wirtschaftlicher Verdrängungswettbewerb, Massenentlassungen für kurzfristige Börsengewinne, ausgefeilte Überwachungsmethoden und vieles mehr.

SB: Was soll/kann Psychologie dagegen ausrichten?

KJB: Wir müssen die "geheimen Verführer" besiegen und das können wir weder durch Ignoranz noch durch eigene Verführungskünste in Gestalt von linkem Populismus.

SB: Ich nehme an, Sie beziehen sich da auf den Dramaturgen Bernd Stegemann und sein Buch "Die Moralfalle"?

KJB: Er sieht im sogenannten Populismus weniger eine Gefahr für die Demokratie als vielmehr ein Symptom dafür, was in ihr falsch läuft. Er legt mit seiner Analyse der "Dramaturgie des politischen Sprechens" die Vermutung nahe, dass die - wie er schreibt - "eingespielten Regeln des politischen Sprechens über Alternativlosigkeiten" eine große Abwehr provoziert haben und den Populismus als einen "Versuch der Mitsprache" derjenigen erkennen lassen, "die sonst über keine Stimme verfügen". Daraus ergebe sich die Notwendigkeit für die Linke, sich selbst "populistischer Rede" zu bedienen.

Die Fiktion der Möglichkeit eines linken Populismus verleugnet dessen Klasseninteresse - auch wenn Stegemann den gegenteiligen Eindruck erweckt: in seinem letzten Buch »Die Moralfalle. Für eine Befreiung linker Politik« kritisiert er am Bei-

spiel der Debatte über Einwanderung, Asyl und Migration die Forderung nach offenen Grenzen. Sie blende die sozialen Folgen aus: die Verschärfung des Kampfes um Arbeitsplätze und bezahlbare Wohnungen, vertrete also die Interessen des Kapitals.

SB: Sie wollen sagen, er und andere Fürsprecher eines linken Populismus unterstützten damit die Parolen der Rechten für die Verschärfung der Asyl- und Migrationspolitik?

KJB: Die "Dramaturgie des politischen Sprechens" ist nicht vom Klasseninteresse der Sprecher zu trennen. Wenn ich das trotzdem versuche und die Sprache des politischen Gegners übernehme, transportiere ich damit zugleich dessen Inhalte.

Diese Trennung von Form und Inhalt finden wir auch in der sich kritisch verstehenden psychologischen "Politikberatung". Dort dient sie zur Verkehrung von Ursache und Wirkung: die Antwort der Subjekte auf die ihnen vorliegenden gesellschaftlichen Bedingungen wird zur Ursache derselben verkehrt (verdreht), "vergessend", dass die Menschen zwar ihre eigene Geschichte schreiben, jedoch - laut Marx - "nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen" machen. Diese Umstände gälte es zur Kenntnis zu nehmen, und zwar nicht als unveränderbare, sondern als zu verändernde, solange der Mensch in ihnen "ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist".

SB: Sie fordern, die Psychologie müsse die geheimen Verführer besiegen. Wie soll das aussehen?

KJB: Verführung ist immer begleitet von Zwang, bzw. geht Zwang der Verführung voraus, er existiert immer im Hintergrund. Am Beispiel des ersten Weltkriegs schildert der Psychologe Alfred Adler diese Vorbereitung sehr plastisch: Das Volk wurde nicht nur brutal gezwungen, sondern bereits lange vorher auch erniedrigt, "verhetzt, versklavt". Es war bereits Jahre zuvor die stetige, umfassende "Dressur des Volkes", die es zur Selbstunsicherheit und zum Gehorsam gegen die Oberen erzog (Adler 1919a, S. 121). Dieses Hintergrundgeschehen gilt es auch heute zu entlarven, z.B. wenn es um das Feindbild Russland geht.

SB: Teilen Sie die von Noam Chomsky in seinem Buch "Media Control" geäußerte Auffassung, wonach die Medien einerseits Propagandainstrument der Außenpolitik sind, andererseits der Herstellung von Konsens dienen, Nachrichten unterdrücken, die die Bevölkerung verunsichern könnten, andere abmildern, damit an der politischen Führung kein Zweifel aufkommt?

KJB: Das tue ich. Diskurse können als Ensembles definiert werden, ?die festlegen, was zu einem bestimmten Zeitpunkt von und/oder für eine(r) bestimmte(n) Gruppe über einen Gegenstand gesagt werden kann (s. Foucault, 1970/1977). Dadurch üben sie bereits Macht aus. Der Diskurs der Macht ist aber darüber hinaus Medium nicht nur zwischen den vergesellschafteten Individuen, sondern zwischen den 99% der Bevölkerung und dem herrschenden Rest. "Dank der Vermittlung der Medien" werden die unterschiedlichen Diskurse der politischen Klasse, der massenmedialen Kultur, und der akademischen Kultur miteinander verschmolzen". "Sie kommunizieren und zielen in jedem Augenblick auf den Punkt der größten Kraft hin, um die politisch-ökonomische Hegemonie und den Imperialismus zu sichern" (Derrida, 1993/95, S. 91).

Dieselben Medien bieten sich als Vermittler aller Informationen an, die wir brauchen, um uns im Alltag zu orientieren: Sie geben uns Ratschläge über das "richtige" Verhalten, Denken, Anleitungen für die Wahrnehmung unserer Umwelt und unserer Stellung in ihr. Die in jedem Diskurs, ja bereits im Gespräch zwischen zweien mögliche Differenz steigert sich im Diskurs der Macht zum Gegensatz, zur Verkehrung ins Gegenteil: Verkehrung von Krieg und Frieden, Verkehrung von Ursache und Wirkung, Aktion und Reaktion. Beispiele: bereits die Begriffe, Bezeichnungen "Sicherheits-Konferenz", "Verteidigungs-Ministerium", "Innere Sicherheit", Verantwortung für "Deutschland" usw.

Die Sprachregelungen, Bewertungen, Ratschläge, Behauptungen, Parolen dieses Diskurses (der Macht) entfalten ihre normative Wirkung, indem das Individuum sie übernimmt, sie weiterträgt in den Alltag seines Lebensraumes. Sie diffundieren in die Kommunikation der ver-

gesellschafteten Individuen: In unseren Gesprächen mit den unterschiedlichen Gesprächs-Partnern geht es um die Vergewisserung der eigenen Position innerhalb des Diskurses der Macht, unserer "korrekten" Haltung zu dessen Parolen.

Indem wir uns an diesem Diskurs beteiligen, in ihn eintreten, tragen wir zu seiner Aufrechterhaltung bei. Der Diskurs der Macht ist eine, wenn nicht die wichtigste, Bedingung für die Entwicklung und Aufrechterhaltung der psychologischen Mechanismen der Herrschaftsstabilisierung von Seiten der Beherrschten ("kulturelle Hegemonie") - der unsichtbare immaterielle Link zwischen dem Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse und den vergesellschafteten Individuen.

SB: Das klingt für mich, als wären wir, die Individuen, dem Diskurs der Macht und damit ihrer Manipulation und Ruhigstellung ausgeliefert.

KJB: Das sind wir nicht. Das Individuum nimmt vielmehr einen (seinen) Platz im Diskurs ein, ergreift die Parolen, versucht sie zu seinen eigenen zu machen bzw. (dann) als eigene auszugeben - oder widerspricht, verweigert sich diesen. Jeder Diskurs lässt immer auch die Möglichkeit zu, gegen die Regeln zu verstoßen, ihm nicht zu folgen. (s. Lyotard (1983/1987, S. 46).

Die Perspektive der Großen Weigerung (Marcuse 1968, S. 69 ff.) wird hier sichtbar: als Weigerung, die Regeln des Diskurses der Macht zu befolgen. Allerdings hat die Weigerung Konsequenzen, wie wir an der Geschichte - angefangen vom "Radikalen"-Erlass und Berufsverboten, der Suspendierung demokratischer Rechte (Demonstrationsrecht, "Vermummungsverbot") seit den 68er Jahren über die gleichzeitige Militarisierung der Polizei; den Krieg gegen den Terror bis hin zu bürgerkriegsähnlichen Demonstrationen der Staatsgewalt bei G7 oder G20 - sehen können. Immer wird die Weigerung, die Regeln des Diskurses der Macht zu befolgen, staatlicherseits mit Gewalt beantwortet. In dem Dilemma, dass Verweigerung nicht ohne Konsequenzen zu haben ist, bietet sich die Möglichkeit der Verleugnung an. Menschen können sagen, es gebe keine Chance für Weigerung oder Ungehorsam, keine Möglichkeit, gegen die Regeln zu verstoßen. Sie versuchen so, ihre Anpassung zu rechtfertigen. Sie nehmen Anerkennung dankend entgegen ebenso wie den Dienstwagen, die Beförderung in eine höhere Gehaltsklasse und die Erhöhung der Boni, oder was es so an Handsalben gibt.

SB: Werfen Sie der Psychologie oder den Psychologen in diesem Zusammenhang vor, nicht als Katalysator berechtigter Wut zu funktionieren?

KJB: Gegen die Verleugnung hilft nur der Erfolg bei der Überwindung der Verleugnung. Jede erfolgreiche Aktion der Befreiung wirkt ansteckend auf die bis dahin abseits Stehenden (Verleugner). Dagegen arbeiten die heimlichen Verführer auf allen Kanälen des Diskurses der Macht, um die Erfolglosigkeit von Widerstand und Protest, Empörung und Solidarität vorzuführen.

Solange Politische Psychologie nicht die Kritik dieser Verhältnisse ins Zentrum ihrer Arbeit stellt, nimmt sie Partei für deren Fortbestehen. Darin ist sie politisch. Und auch darin, dass sie diese Parteinahme verleugnet. Sie tut so, als erforsche sie das allgemein Gültige des politischen Verhaltens, Denkens, Bewusstsein, Fühlens usw.. Die Psychologie insgesamt behauptet zwar nicht (nicht mehr) die vollkommene Kulturunabhängigkeit des Denkens und Verhaltens aber: das Vorgefundene als das "gemeine Elend" zu bezeichnen, ist eine große Ausnahme (die auch bei Freud keine weiteren Konsequenzen hat als die des therapeutischen Skeptizismus). Sie ist eine konsequent "bürgerliche" Wissenschaft, (um nicht zu sagen Herrendisziplin - wie Reiten vielleicht) - angesiedelt im "Rayon der privilegierten Entfremdung" (Brückner 1972). Dazu gehört, die Entfremdung nicht als solche zu reflektieren

Die Kritik dieser Verhältnisse macht selbige dafür verantwortlich, dass die Menschen sich nicht als Menschen entfalten und verwirklichen können. Diese Kritik wäre unvollständig, wenn sie nicht zugleich auch diejenigen benennte und damit zur Verantwortung zöge, die diese Verhältnisse mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten suchen. Das wäre: Kritik der Politischen Psychologie.

SB: Herr Bruder, vielen Dank für das Gespräch.

http://www.schattenblick.de/infopool/sozial/report/sori0044.html

POLITIK / REPORT / BERICHT

Dem Karl Liebknecht haben wir's geschworen - der Stab wird weitergereicht ...

Die nächste sozialistische Revolution ist ein theoretisches Rätsel, das wir praktisch lösen müssen. Aber nur wer sie vorbereitet, macht Geschichte.
Dietmar Dath auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz

(SB) 12. Januar 2019 - Die Welt der Räuberhorden ist aus den Fugen geraten. Nicht, weil sie das Schicksal der Millionenheere von Ausgebeuteten und Verelendeten, Kriegsopfern und Vertriebenen, Drangsalierten und Entwürdigten auch nur im mindesten rührte. Nicht, weil sie eingesehen hätten, daß ihr proklamiertes Ende der Geschichte, ihre unipolare Weltordnung und ihre für alternativlos erklärte neoliberale Zurichtung gescheitert ist. Nicht, weil in ihnen die Erkenntnis gereift wäre, daß der von ihnen geschürte Brand die Lebensvoraussetzungen aller Menschen und damit auch ihre eigenen zu vernichten droht. Sie sind entsetzt, weil ihre Kumpanei, gemeinsam zu unterwerfen, zu rauben und zu morden, vorzeitig an ihre Grenzen gestoßen und geborsten ist. Sie haben das Kriegsbeil so exzessiv geschwungen, so maßlos geplündert und die Beute so gierig verschlungen, daß die Blase ihres Zukunftsversprechens, es werde für sie ewig so weitergehen, geplatzt ist. Jetzt wendet sich ein Räuber gegen den andern, macht ihm die schwindende Beute streitig und erklärt das eigene Wohlergehen zum ausschließlichen Primat seines Handelns. Die alten Treueschwüre sind Makulatur, die Matrix von Freund und Feind weicht einem irrlichternden Wechselbad. Was bleibt, ist die Herrschaft des Menschen über seinesgleichen, die um so rigoroser durchgesetzt wird, je enger und unabsehbarer die Verhältnisse sich entwickeln. Wer über die Macht- und Zwangsmittel gebietet, rüstet auf, um sich die Hungerrevolte vom Leib zu halten. Bricht sich der Klimawandel Bahn, heizt man erst recht ein, was das Zeug hält, um das Wirtschaftswachstum zu befeuern. Grassiert der Nahrungsmangel, bemächtigt man sich der Anbauflächen, um die Metropolen zu versorgen. Gehen begehrte Rohstoffe zur Neige, jagen sich die Generationen neuer Technologien in immer schnellerer Taktfolge. Die Ratio des Überlebens als letztgültiger Zweck eigener Existenz kennt nur einen Maßstab und Beweis: Die Vernutzung und Vernichtung des anderen. Die Barbarei, vor der Rosa Luxemburg vor hundert Jahren so eindringlich gewarnt hat, ist lange schon Realität - für unzählige verdurstende und verhungernde, zu Sklavenarbeit gezwungene, von Bomben, Granaten und Kugeln getötete oder verstümmelte, von Seuchen, Dürren und Fluten dahingeraffte Menschen in den wachsenden Elends- und Todeszonen.

Otto Köhler über Deutschland als imperialistischer Akteur
Foto: © 2019 by Schattenblick

Von einem apokalyptisch anmutenden Szenario zu sprechen, ist

heute nicht zuletzt deswegen von Relevanz, als an Einfluß gewinnende christliche Fundamentalisten bis hin zu US-Vizepräsident Mike Pence ihre Version des endzeitlichen Infernos als Durchsetzung des göttlichen Willens mit ihrer letztgültigen Errettung gleichsetzen. Die Ohnmacht angesichts überwältigender Verhältnisse und unlösbar anmutender Menschheitsprobleme nicht nur in Erwartung des Himmelslohns zu erdulden, sondern in aggressivste Vernichtungsfeldzüge gegen das Böse umzumünzen, verbindet sie durchaus mit radikalen fundamentalistischen Strömungen anderer Religionen, deren Zerstörungsgewalt sich aus der zutiefst reaktionären Abstrafung aller Ungläubigen speist. Was sie jedoch vom IS unterscheidet, ist ihre tatsächliche Nähe zu Massenvernichtungswaffen und dem gewaltigsten Militärarsenal, zu politischen Führungsfiguren wie dem wiedergeborenen Christen George W. Bush, einem Kriegstreiber wie John Bolton oder einem Donald Trump und dessen "America First!".

Dietmar Dath über die nächste Revolution
Foto: © 2019 by Schattenblick

Ideologische Wegbereiter wie der nach dem Ende der Systemkonkurrenz proklamierte "Kampf der Kulturen", der globale "Antiterrorkrieg" und die "kreative Zerstörung" von Staaten zeugen von zeitgenössischen Versionen eines nie überwundenen Herrenmenschentums, eines "Lebensraums im Osten" und eines monströsen Vernichtungskalküls, wie man es aus der deutschen Historie in spezifischer, doch beileibe nicht einzigartiger Ausprägung kennt. So weit man in die Menschheitsgeschichte zurückgreifen kann, um dieses uralte Muster einer nie beendeten Auseinandersetzung zu identifizieren, so unabweislich setzt der Kapitalismus diesem nach Alleinherrschaft drängenden Verfügungsanspruch die vorläufige Krone auf. Vorläufig deshalb, weil es auf fatale Weise zu kurz griffe, ein mögliches Ende der profitgetriebenen Verwertung mit dem zwangsläufigen Heraufziehen einer befreiten Gesellschaft gleichzusetzen. Diese wird erstritten, aber nicht beim Zusammenbruch der alten Ordnung geschenkt, deren maßgebliche Protagonisten längst das nächste Pferd satteln, das ihre Vorherrschaft künftig tragen soll.

Michael Hudson über die Rolle der Vereinigten Staaten als militärischer Aggressor
Foto: © 2019 by Schattenblick

Wer dieser Welt der Räuberhorden in unverbrüchlicher Entschiedenheit eine Absage erteilt, bedarf keiner apokalyptischen Vision, da sie für ihn selbst in bestmöglicher Ordnung nichts anderes als feindliches Terrain sein könnte. Ihm ist die Zwangsherrschaft in all ihren Facetten bewußt, die auch ihn vorab beraubt hat. Was immer sie ihm an Arbeitslohn und Sozialalmosen gewähren mag, kann nur ein Bruchteil des zuvor Entwendeten und nie mehr als ein befristetes Lehen sein, das ihm jederzeit entzogen zu werden droht. Nicht minder erahnt er seine Teilhaberschaft an diesem System, ohne die eine Herrschaft der Wenigen über die Vielen trotz aller Waffengewalt und Repressionsapparate, Justiz und Verwaltung unmöglich wäre. Wer Eigentum geltend macht, hat noch genug zu verlieren und legt seinem Geist des Widerspruchs tunlichst die Zügel der Bescheidenheit und Duldsamkeit an. Der Feind, so könnte man argumentieren, steht nicht nur im eigenen Land, sondern, schlimmer noch, unter der eigenen Haut. Fallen nicht in der Räuberbande immer noch genug Brocken selbst für ihre niedrigsten Mitläufer ab? Welches Ringens bedarf es also, diese am engsten geschnürte Fessel zu sprengen, bei deren Fortbestand der revolutionäre Impetus auf dem langen Marsch durch die Institutionen eher früher als später auf der Strecke bleibt?

Einer antikapitalistischen und antiimperialistischen Linken stellen sich folglich viele Fragen, die teils seit langem bearbeitet wurden, teils angesichts der eskalierenden multiplen Krise auf innovative Weise erschlossen werden müssen.

Finales Podium mit Lena Kreymann, Jan von Hagen, Stefan Huth, Nina Scholz, Ulrich Maurer
Foto: © 2019 by Schattenblick

XXIV. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz 2019

Die XXIV. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz fand am 12. Januar 2019 wieder im Mercure Hotel MOA im Berliner Stadtteil Moabit statt. Wie immer von der Tageszeitung junge Welt samt zahlreichen helfenden Händen aus den Reihen der DKP und SDAJ auf die Beine gestellt, gilt diese Zusammenkunft mit Fug und Recht als traditioneller Jahresauftakt der antikapitalistischen und internationalistischen Linken in Deutschland und mehr oder minder weit darüber hinaus. Als Forum nie preisgegebener marxistischer Geschichte und historischer Kämpfe der ArbeiterInnenbewegung, der Auseinandersetzung mit den Anforderungen der Gegenwart und dem Ringen um eine menschenwürdige Zukunft ist die Konferenz eine Art Lackmustest für die Verfassung dieses Spektrums der deutschen Linken.

Soviel läßt sich an dieser Stelle vorausschicken: Die Hoffnung ihrer Gegner, an denen es bekanntlich nicht mangelt, sie werde schrumpfen, bedeutungslos werden und in Vergessenheit geraten, hat sich nicht erfüllt - im Gegenteil. Mit 3100 Menschen verzeichnete die Konferenz einen neuen Besucherrekord, was dazu führte, daß der bemerkenswerte Ansturm trotz großzügig bemessener Räumlichkeiten im MOA mitunter in solidarischer Enge bewältigt wurde. Mißstimmung kam nirgendwo auf, war die auf diese Weise hautnah erlebte Vielzahl doch ein höchst erfreulicher Beleg des fruchtbaren Bodens und Ansporn, die Werkzeuge des Widerstands in Stellung zu bringen.

Zum Erfolg der Tagung trug sicher auch das inhaltliche Konzept bei, noch geschlossener als in der Vergangenheit einen tragenden thematischen Bogen zu spannen, für den namhafte Referenten gewonnen werden konnten. Mit den Komponenten "Die nächste imperialistische Hauptmacht" (Otto Köhler), "Die nächste imperialistische Krise" (Vladimiro Giacché), "Der nächste imperialistische Krieg" (Michael Hudson) und "Die nächste Revolution" (Dietmar Dath) wurden zentrale Felder der Konfrontation mit den herrschenden Verhältnissen abgedeckt.

Mesale Tolu, Abel Prieto
Fotos: © 2019 by Schattenblick

In diesen Strang eingeflochten waren eine Grußbotschaft von Mumia Abu-Jamal, ein Vortrag zum Widerstand in der Türkei von Mesale Tolu wie auch ein Grußwort von Iván Márquez, dem damaligen Chefunterhändler der kolumbianischen FARC-Guerilla bei den Friedensverhandlungen in Havanna. Er zog eine niederschmetternde Bilanz der Umsetzung des Ende 2016 mit der Regierung unterzeichneten Abkommens, da weiterhin Waffen eingesetzt würden, um die Oppositionellen physisch zu vernichten. Der Schriftsteller und langjährige Kulturminister Kubas Abel Prieto legte dar, welche entscheiden-

de Rolle Kultur bei der Bewußtseinsbildung zukommt. Man könne das materielle Lebensumfeld verändern, doch gehe erkämpfte Freiheit verloren, sofern sie nicht mittels einer sozialistischen Kultur verankert werde. Davon zeugten die aktuellen Rückschläge in zahlreichen Ländern Lateinamerikas. Die Diplomatin Nieves Iliana Hernández beantwortete André Scheer, Außenpolitikchef der jungen Welt, einige Fragen. Die Chefredakteurin von Melodie & Rhythmus, Susann Witt-Stahl, sprach mit dem deutsch-britischen Komponisten Wieland Hoban über seinen Dreiteiler "Rules of Engagement", der den Krieg und den Alltag der israelischen Besatzung in Gaza in Ton setzt, wie auch die um sich greifende Zensur gegen Kritik an der israelischen Regierungspolitik.

Auf die soziale und ökologische Frage gibt es nur eine Antwort
Foto: © 2019 by Schattenblick

Das abschließende Podium war folgendem Thema gewidmet: "Daß sich die Wut in Widerstand verwandeln wird - trotz alledem! 100 Jahre Novemberrevolution - wie geht Klassenpolitik heute?" Unter Moderation von Stefan Huth (Chefredakteur junge Welt) diskutierten Ulrich Maurer (Mitbegründer der Partei Die Linke), Jan von Hagen (Gewerkschaftssekretär, bei Verdi-NRW für Krankenhäuser zuständig) Lena Kreymann (Bundesvorsitzende der SDAJ) und die in Mieterkämpfen aktive Journalistin Nina Scholz aus Berlin.

Auf dem im Parallelprogramm von der SDAJ organisierten Jugendpodium unter dem Motto "100 Jahre Kampf gegen Kapitalismus und Krieg" bezogen Andrea Hornung von der Bundesgeschäftsführung der SDAJ, Hussein Khamis, ehrenamtlicher Bundesjugendleiter der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft, der DIDF-Jugendvorsitzende Sedat Kaya und Emil Levi von der Solidarischen Jugendbewegung (SJB) Position. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie die Organisierung der Unterdrückten anhand ihrer eigenen Probleme zu einem antikapitalistischen Bewußtsein entwickelt werden könnte.

Front gegen das Patriarchat

Zeitschrift Wir Frauen

SDAJ-Sprecherin

Ahed Tamimi
Fotos: © 2019 by Schattenblick

Erreichen, ergreifen, inspirieren ...

Wie immer bei der Rosa-Luxemburg-Konferenz setzte auch das politische Kulturprogramm Akzente. Zum Auftakt stimmte die in Berlin gegründete kubanische Band Proyecto Son Batey die eintreffenden BesucherInnen ein. Zu sehen war eine Ausstellung bildender KünstlerInnen der "Gruppe Tendenzen", und der Liedermacher Eduardo Sosa eröffnete den Programmteil "60 Jahre Kubanische Revolution". Er sang vom langen Unabhängigkeitskampf seines Landes und brachte in seinem wohl bekanntesten Ti-

tel "A mi me gusta, Compay" die Freude über das Erreichte zum Ausdruck.

Christine Reumschüssel und Gina Pietsch
Foto: © 2019 by Schattenblick

In Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht boten die Schauspielerin und Sängerin Gina Pietsch und Pianistin Christine Reumschüssel einen Ausschnitt aus ihrem Programm "Sagen, was ist", eine Hommage an Rosa Luxemburg mit Blick auf eine unvollendete Revolution [1]. Ihre wohl bekannteste Aussage "Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden" wurde von Helmut Kohl als "das einzig Gute, was diese Frau jemals geschrieben hat" instrumentalisiert. Er wollte natürlich nicht verstehen, daß sie es wie Saint Just meinte: "Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit." "Im Gefängnis zu singen" (Brecht/Eisler) erinnerte an die drei Jahre und vier Monate ihres kurzen Lebens, die sie in Gefängnissen und Festungen in Warschau, Berlin, Wronke und Breslau inhaftiert war. Der Berliner Polizeipräsident hatte 1916 keine Zweifel daran, daß sie eine der gefährlichsten und rührigsten Agitatorinnen des radikalen Flügels der Sozialdemokratie sei.

Mit Intensität und Gefühl Größe und Tragik der Revolution besingen
Fotos: © 2019 by Schattenblick

Lenin, der um eine Reihe ihrer Irrtümer hinsichtlich der russischen Revolution wußte, hörte nie auf, sie für "einen Adler unter Hühnern" zu halten, der den Kommunisten in der ganzen Welt immer teuer sein wird. Daß Stalin verächtlich vom "Luxemburgismus" sprach, hatte indessen schlimme Auswirkungen für die späte Rezeption ihrer Werke in der DDR. Sie war eine der wichtigsten und charismatischsten Persönlichkeiten der deutschen Antikriegsbewegung. Auf "Die rote Rosa" von Brecht mit der Musik von Kurt Weill und verschiedene Stücke aus der Hommage "Nachgeboren" von Christa Müller und Christian Koczik folgte das Berliner Original "Wem hamse de Krone jeklaut" und schließlich "So wird es Tag" von Gerhard Gundermann.

Das Ende jedes Menschen ist schlimm, das dieser körperlich kleinen und lebenslang gehbehinderten - eine Biographin sagt, dreifach Stigmatisierten, als Frau, als Jüdin, als Krüppel - aber eben ungeheuer starken, weisen, mutigen, lebens- und liebensfrohen Frau, ein schwer beschreibbarer Verlust, für uns bis heute, so Gina Pietsch, die ihren Auftritt mit den Worten abschloß: "Sie wurde ermordet für eine Revolution - ich traue es mich fast gar nicht zu sagen - die eigentlich nicht wirklich die ihrige war, für die sie sich aber mit ihrem Leben einsetzte." [2] Als Zugabe wurde gemeinsam mit dem Publikum "Auf, auf zum Kampf" angestimmt.

Gala der Kriegsherren umzingeln Sprecher der Anti-SIKO-Demo
Foto: © 2019 by Schattenblick

Protestaufruf zur Münchner Sicherheitskonferenz

Vom 15. - 17. Februar findet in München die Sicherheitskonferenz statt, gegen die ein Aktionsbündnis zum Protest aufruft. Der Aktivist Franz Haslbeck legte die Gründe des Widerstands dar und lud zur Demonstration ein, die am Samstag, 16. Februar 2019, um 13 Uhr am Stachus beginnt. Bei der Konferenz treffen Staats- und Regierungschefs mit VertreterInnen aus Militär, Wirtschaft und Rüstungsindustrie vorwiegend aus NATO-Staaten zusammen, um Strategien der westlichen Mächte zu erörtern und sie ideologisch zu flankieren. Ihre Vormachtstellung und das kapitalistische Wirtschaftssystem sollen mit militärischer Stärke gesichert werden. Zwei Drittel der weltweiten Rüstungsausgaben entfallen auf die NATO und mit ihr kooperierende Staaten.

Die Bundesrepublik will die Militärausgaben auf über 80 Milliarden Euro verdoppeln, aktuell ist die Bundeswehr an vierzehn Auslandseinsätzen beteiligt. Deutsche Rüstungskonzerne verdienen Unsummen mit Waffenexporten in Krisenregionen. Die Bundesregierung wird Komplizin des Erdogan-Regimes bei der Unterdrückung der KurdInnen und der von Saudi-Arabien angeführten Koalition, die im Jemen mordet. Das Aktionsbündnis ist Teil der weltweiten Bewegung für Gerechtigkeit und Frieden. Es lehnt jegliche militärische Drohung und jeden Angriffskrieg ab, gleich von wem diese ausgehen. Der Protest richtet sich in erster Linie gegen die Bundesregierung, die sich im Rahmen der NATO an völkerrechtswidrigen Angriffskriegen beteiligt. Mit der NATO wird es keine friedliche, gerechte und solidarische Welt geben.

"Wir Kommunisten sind alle Tote auf Urlaub", aus der Verteidigungsrede des KPD-Politikers Eugen Leviné erschossen am 5. Juni 1919
Foto: © 2019 by Schattenblick

Hauptmacht, Krise, Krieg und Revolution

Seit sich Deutschland 1871 als eigenständiger Staat konstituierte, hat es die Welt unsicher gemacht. Nie wurde es angegriffen, der Krieg ging immer von uns aus, so der Publizist Otto Köhler, der die Bundesrepublik als die nächste imperialistische Hauptmacht ausweist. Das geplante Blutbad an den Sozialdemokraten erwies sich als unnötig, da diese 1914 für die Kriegskredite stimmten und 1918 die Konterrevolution mittrugen. Als Hitler 1939 in den Krieg zog, hatte die Generalität alles längst vorbereitet. Nur wenige Monate nach dem Anschluß der DDR begann der erneute Griff nach imperialer Macht. Schröder und Fischer setzten den Jugoslawienkrieg durch, und heute erklärt Heiko Maas, Deutschland werde als Mitglied im Sicherheitsrat die "Herausforderung annehmen" und sich "auch vor schwierigen Entscheidungen nicht wegducken können".

Die nächste imperialistische Krise folgt unvermeidlich, falls der notwendige Systemwechsel nicht herbeigeführt wird, so der italienische Wirtschaftswissenschaftler Vladimiro Giacché. Er sieht das Ende einer Epoche gekommen, da die Krise von 2007 gezeigt habe, daß Wachstum und Profit im Kapitalismus nicht mehr durch Finanzspekulation gewährleistet werden können. Ausgehend von den Funktionen des "zinstragenden Kapitals" führt Giacché aus, warum diese nicht länger erfüllt werden können. Er stellt verschiedene Ansätze zur Lösung der Krise, ihre Grenzen und teils verheerenden Konsequenzen dar. Mit Marx plädiert er dafür, die Eigentumsfrage zu stellen und ein höheres Stadium der gesellschaftlichen Produktion durchzusetzen.

Orientierung im multimedialen Spiegelkabinett
Fotos: © 2019 by Schattenblick

Der nächste imperialistische Krieg droht nach Auffassung des US-amerikanischen Ökonomen Michael Hudson seitens der USA, die mit ihrem Weltgeld lange Zeit uneingeschränkt die Geschicke des Planeten kontrolliert haben. Ihre Herrschaft erodiert, doch kampflos werden sie das Feld nicht räumen. Die immensen Militärausgaben führten zu einem Zahlungsbilanzdefizit und schwindenden Goldreserven der USA, die 1971 den Goldstandard aufgeben mußten. Ein Bodenkrieg war nicht länger finanzierbar, was die Ära des finanziellen Drucks und des Luftkriegs einleitete. Wer sich widersetzt, wird als Staat zerschlagen. Nach dem neuen System erwerben die Zentralbanken anderer Länder US-Staatsanleihen, leihen also dem US-Finanzministerium Geld und finanzieren dadurch den Krieg der USA oder wie im Falle Rußlands und Chinas die Einkreisung. Wer dem Dollar-Standard unterliegt, kann von Washington durch Sanktionen gefügig gemacht werden. China und Rußland akkumulieren deshalb keine US-Dollars mehr und legen nicht mehr in dieser Währung, sondern in Goldreserven an, um sich dieser Fessel zu entledigen.

Künstlerische Verarbeitung kriegerischer Aggression - Wieland Hoban und Susann Witt-Stahl
Foto: © 2019 by Schattenblick

Angesichts dieser düsteren Szenarien drängt sich um so mehr die Frage auf, wie es um die nächste Revolution bestellt ist. Dietmar Dath schickt seinem Parforceritt voraus, daß der Sozialismus keine Prophezeiungen nötig habe. "Er wird gemacht, nicht ersehnt oder erbettelt." Doch wer wollte vorhersagen, wo die nächste revolutionäre Situation entsteht? Und Revolution heißt Irrtümer, Fehler und Verbrechen auch bei denen, die das Schlechte verändern. Man muß sie nicht lieben, die Revolution. Doch was bedeutet Revolution überhaupt? Marx und Engels haben herausgearbeitet, daß die bürgerliche Klasse den Adel über Jahrhunderte aus dem Bild produziert hat, indem sie eine neue Art der Aneignung des Mehrprodukts entdeckte. Auch gingen sie davon aus, daß die gemeinsame Erfahrung des Industrieproletariats eine Schule revolutionären Handelns bilde. Gilt das heute noch? Revolutionäre Politik weiß heute mehr als die Grundlagen, die in den Schriften der Klassiker stehen. Aber diese Grundlagen braucht sie, unterstreicht Dietmar Dath. "Die nächste sozialistische Revolution ist ein theoretisches Rätsel, das wir praktisch lösen müssen. Aber nur wer sie vorbereitet, macht Geschichte."

Schreiben und Lesen über alle Grenzen hinweg ...
Fotos: © 2019 by Schattenblick

Auf der Suche nach der verschwundenen Bewegung

Auf ihrer vergeblichen Suche nach der verschwundenen Bewegung hat es die deutsche Linke allzu lange versäumt, das wahrzunehmen und zu würdigen, was nachfolgende Generationen bewegt und in ihrem spezifischen Kontext radikalisiert. Im Raster vorgeblicher Haupt- und Nebenwidersprüche gefangen, fixiert auf den Kanon klassischer Themen und traditionelle Mechanismen der Organisierung fest im Blick, blieben Kämpfe an anderen Abschnitten derselben Front unter ihrem Radar. Wenn die 16jährige Greta Thunberg erklärt, sie wolle jene das Fürchten lehren, die ihresgleichen die Zukunft rauben, wenn BesetzerInnen den Hambacher Wald teils unter Einsatz von Leib und Leben verteidigen oder AktivistInnen von Ende Gelände im Namen weltweiter Klimagerechtigkeit die Grube stürmen, sollte das doch zu denken geben.

Sowenig es darum gehen kann, unter Preisgabe marxistischer Positionen auf erfolgversprechendere Felder umzusatteln oder solche Bewegungen zu vereinnahmen, wäre es doch zu kurz gegriffen, in diesen Auseinandersetzungen eine bloße Wiederholung derselben Schritte politischer Bewußtwerdung zu sehen, die man selbst längst vollzogen hat, ohne deren innovative Stoßrichtung etwa in Richtung eines Ökosozialismus zu realisieren. So unverzichtbar es sein mag, aus der Geschichte zu lernen, wird dieser Übertrag doch nur dort relevant und substantiell, wo er aus der Partizipation an aktuellen Kämpfen erwächst. Hervorzuheben bleibt an der diesjährigen Rosa-Luxemburg-Konferenz daher insbesondere der hohe Anteil jüngerer Menschen, der begründeten Anlaß zur Erwartung gibt, daß der Stab am Ende doch noch weitergereicht wird.

Völker hört die Signale ...
Foto: © 2019 by Schattenblick

Anmerkungen:

[1] www.ginapietsch.de/neue-programme.html#rosa

[2] www.rosa-luxemburg-konferenz.de/de/konferenz-2019/berichte-2019/883-gina-pietsch-sagen-was-ist

Berichte und Interviews zur Rosa-Luxemburg-Konferenz, Liebknecht-Luxemburg-Demo und zum Jahresauftakt Der Linken im Schattenblick unter:
www.schattenblick.de → INFOPOOL → POLITIK → REPORT

BERICHT/328: Dem Karl Liebknecht haben wir's geschworen - zögerliche Ernte ... (SB)

BERICHT/329: Dem Karl Liebknecht haben wir's geschworen - vorbildlich inszeniert ... (SB)

BERICHT/330: Dem Karl Liebknecht haben wir's geschworen - der Stab wird weitergereicht ... (SB)

INTERVIEW/428: Dem Karl Liebknecht haben wir's geschworen - vernichtende Aussichten ... Vladimiro Giacché im Gespräch (SB)

http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prbe0330.html

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ... Kommentare ... Interviews ... Reportagen ... Textbeiträge ... Dokumente ... Tips und Veranstaltungen ...

http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html

POLITIK / REDAKTION / MILITÄR

Rüstung - die Wahrheit stirbt zuerst ...

(SB)12. Februar 2019 - Für die Aufkündigung des Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty von 1987 durch die USA am 2. Februar machen Politik und Medien im Westen Rußland allein verantwortlich. Demnach habe Moskau gegen den vor 42 Jahren von Ronald Reagan und Michail Gorbatschow unterzeichneten Vertrag, der den Besitz ballistischer Raketen und Marschflugkörper mit einer Reichweite zwischen 500 und 5.500 Kilometer verbietet, auf gröbste Weise verstoßen und zwar durch die Erforschung und Indienststellung der RS-26-Rakete - nicht in der Langstreckenversion, was völlig legal wäre, sondern in der Mittelstreckenversion. Für diese Behauptung, die erstmals 2014 von der Regierung Barack Obamas formell erhoben wurde, fehlt zumindest bis heute jeder Beweis.

Als US-Präsident Donald Trump am 1. Oktober offen mit dem Austritt Washingtons aus dem INF-Vertrag drohte, bot die russische Regierung eine eingehende Untersuchung der fraglichen Rakete durch die Rüstungsexperten des Pentagons in Moskau an, um das Abkommen doch noch zu retten. Den Vorschlag des Kremls schlugen die Amerikaner nicht nur aus, sie verlangten sogar ultimativ die Verschrottung aller Exemplare der RS-26 bis zum 1. Februar. Schlimmer noch erklärte am 2. Februar auf einer Pressekonferenz in Brüssel die US-Botschafterin bei der NATO und ehemalige republikanische Senatorin aus Texas, Kay Baily Hutchinson, in einem Akt von Hybris und Verantwortungslosigkeit, zur Not könnten die US-Streitkräfte die umstrittene Waffe der Russen einfach "ausschalten".

Seit der Ära George W. Bushs als US-Präsident beschwert sich Moskau über den Aufbau eines Raketenabwehrsystems der NATO in Osteuropa, das man bis heute als Verstoß gegen den INF-Vertrag und zugleich akute Bedrohung des russischen Westens einschließlich der beiden Metropolen Moskau und Sankt Petersburg betrachtet. Immer wieder hat der Kreml das Weiße Haus um eine schriftliche Zusicherung gebeten, daß das ambitionierte System wie stets von Washington und Brüssel behauptet ausschließlich gegen ballistische Langstreckenraketen aus dem Iran gerichtet sei. Doch zu einer solchen vertrauensbildenden Maßnahme ist die nordatlantische Allianz niemals bereit gewesen. Statt dessen setzte sich die westliche Politik über die Einwände Wladimir Putins hinweg, und die Presse beiderseits des Atlantiks tat die Ängste der Russen als unbegründet und überzogen ab.

Nun hat Theodore Postol in einem umfassenden Artikel, der am 7. Februar auf der Website des weltweit anerkannten Bulletin of Atomic Scientists unter der Überschrift "Russia may have violated the INF Treaty. Here's how the United States appears to have done the same" ("Rußland mag gegen den INF-Vertrag verstoßen haben. Doch die Vereinigten Staaten scheinen dasselbe getan zu haben") erschienen ist, die Raketenabwehrbatterien, welche die USA in Rumänien und Polen installiert haben respektive noch installieren, unter die Lupe genommen. Er kam zu dem Schluß, daß Rußland mit seinen Verdachtsmomenten der NATO gegenüber richtig liegt. So wie die Anlagen und die dazu gehörigen Raketen aufgestellt sind, strafen sie laut Postol dem im INF-Vertrag innewohnenden Versprechen der USA auf Nicht-Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa und damit in unmittelbarer Nähe der russischen Westgrenze Lügen.

Auch wenn die hiesigen Medien den erbrachten Beweis der Doppelzüngigkeit der NATO ignorieren, hat Postols Urteil unter Fachleuten, die von der Materie etwas verstehen, Gewicht. Der 72jährige emeritierte Professor für Wissenschaft, Technologie und internationale Sicherheit am renommierten Massachusetts Institute of Technology (MIT) hat früher als Nuklearphysiker am Nationallabor Argonne und später als wissenschaftlicher Berater des Chief of Naval Operations, des Stabchefs der US-Marine im Pentagon, gearbeitet. In letztgenannter Funktion trug er erheblich zur Modernisierung der US-Kriegsflotte samt der

dazugehörigen Raketen- und Raketenabwehrtechnologie bei.

Ungeachtet oder vielleicht gerade wegen seiner Position hat sich der 1946 geborene Postol zum vielleicht schärfsten internen Kritiker im US-Militärapparat entwickelt. Nach dem Golfkrieg 1991 analysierte er quasi im Alleingang die technischen Daten der tatsächlich erbrachten Leistung der Patriot-Rakete bei der Abwehr irakischer Scud-Raketen und entlarvte die vom Pentagon angegebene Erfolgsquote als vollkommen übertrieben und damit falsch. Demnach lag sie nicht bei 97 Prozent, wie von Präsident George Bush sen. im Kriegsrausch behauptet, sondern laut Postol bei "weniger als zehn Prozent, eventuell sogar bei Null".

Seit George Bush jun., Dick Cheney und Donald Rumsfeld im Jahr 2001 mit dem hochambitionierten Aufbau eines Raketenabwehrsystems begonnen haben, das das US-Festland und Hawaii vor - wohlgemerkt nicht einmal existierenden - Interkontinentalraketen Nordkoreas und des Irans schützen sollte, prangert Postol das Projekt als Subvention für die amerikanische Rüstungsindustrie und Betrug am Steuerzahler an, weil die Abfangraketen die erwünschte Zielgenauigkeit niemals erreichen werden und die echten gegnerischen Sprengköpfe von den mitausgesandten Attrappen im Ernstfall unmöglich zu unterscheiden sein dürften. Bereits Mitte der neunziger Jahre hat Postol Nira Schwartz, einer Ingenieurin, die das Frisierung von Testdaten bei den Raketenabwehrsensoren durch die Herstellerfirma TRW enthüllte, öffentliche Rückendeckung verschafft.

2009 revidierte die Regierung des frischgewählten Barack Obama, der George W. Bushs Verteidigungsminister, Ex-CIA-Chef Robert Gates, einfach übernommen hatte, das geplante Raketenabwehrsystem der NATO in Osteuropa grundlegend. Statt neue Abfangraketen von der Sorte, welche die Vorgängeradministration in Alaska stationieren ließ, sollten in Rumänien und später in Polen SM-3-Raketenbatterien des Aegis-Systems der US-Marine installiert werden. Postol gilt schon länger als Skeptiker, was die Funktionsfähigkeit der SM-3-Rakete betrifft, und hat schon damals die Entscheidung des Weißen Hauses für eine landgestützte Übernahme des Raketensystems der Klasse des Aegis-Lenkwaffenzerstörers als verfehlt bezeichnet.

In seinem neuen Artikel für das Bulletin of Atomic Scientists geht Postol mit der NATO und den USA scharf ins Gericht. Demnach kann die SM-3-Rakete aufgrund ihrer kurzen Reichweite niemals die ihr zugedachte Aufgabe erfüllen, ballistische Interkontinentalraketen des Irans in großer Höhe und mit hoher Geschwindigkeit vor dem Einschlag auf Ziele in Nordamerika abzufangen. Von daher war nach Ansicht Postols Obamas und Gates' Entscheidung für den auf vorhandene Aegis-Technologie basierenden European Phased Adaptive Approach (EPAA) von Anfang an eine reine Mogelpackung.

Mit der Schutzbehauptung der Kriegsplaner im Pentagon und in Brüssel, die Silos der Aegis-Batterien in Osteuropa seien ausschließlich für die gegen feindliche Kurz- und Mittelstreckenraketen sowie Satelliten in niedriger Höhe ausgerichtete SM-3-Rakete gedacht und könnten nur mit großem technischen Aufwand als Abschußvorrichtung für den Tomahawk-Marschflugkörper - der sich bekanntlich auch als Mittel- und Langstreckenwaffe zum Transport von Atomsprengköpfen eignet - umfunktioniert werden, räumt Postol gnadenlos auf. Er vergleicht das Aegis-Silo mit einem PC. Genau wie der herkömmliche Computer jeden USB-Stick auf Anhieb erkennt und mit ihm kommuniziert, passen SM-3-Rakete und Tomahawk unterschiedslos in den Aegis-Silo, werden von ihm mit Zieldaten gespeist und können im Notfall auch abgefeuert werden. Als wissenschaftlicher Berater der US-Marine kennt sich Postol mit dem Tomahawk aus, gehört der Marschflugkörper doch seit 1983 zur Standardausrüstung der amerikanischen Kriegsflotte. Seinen höchst empfehlenswerten Artikel beim Bulletin of Atomic Scientists schließt Postol mit folgendem an die Adresse aller Beteiligten gerichteten Aufruf zur Vernunft (in der Übersetzung der SB-Redaktion):

Die politische Lage zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland ist gefährlich - möglicherweise so gefährlich wie noch nie - und es gibt mit Sicherheit Gründe für den Westen, sich Sorgen um das russische Verhalten, einschließlich eines möglichen Verstoßes gegen den INF-Vertrag, zu machen. Doch die

Vereinigten Staaten sowohl unter demokratischer als auch republikanischer Führung weisen eine lange Geschichte der sinnlosen politischen Entscheidungen zum Einsatz ineffektiver Raketenabwehrsysteme auf - Entscheidungen, die sie dann mittels Desinformation zu rechtfertigen versuchen, selbst wenn technische und militärische Experten diese leicht durchschauen können.

Daß sich die USA routinemäßig auf falsche Behauptungen in bezug auf Raketenabwehrsysteme verlassen und die westliche Presse diese unhinterfragt weiter verbreitet, trägt zu einer Situation bei, in der fremde Mächte, Freunde und Feinde, zurecht dem Wort amerikanischer Politiker und Militärs mißtrauen. Die Ausblendung der faktischen Realität hat zum drohenden Niedergang des INF-Vertrags beigetragen. Den INF-Vertrag zu retten oder ihn durch ein anderes Abkommen zu ersetzen, das die extrem destabilisierende Verbreitung von Mittelstreckenraketen eingrenzt, erfordert, daß sowohl die USA als auch Rußland ihre Bemühungen zur Entwicklung und Indienststellung solcher Raketen offenlegen müssen. Die Realität nicht anzuerkennen ist eine schlechte Strategie zur Erhöhung der Sicherheit der USA oder Rußlands und trägt zu einer Art von Rüstungskontrolle, die einen Atomkrieg unwahrscheinlicher macht, nicht gerade bei.

http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/milt-933.html

POLITIK / KOMMENTAR / REPRESSION

Sozial fortschrittlich und links - Kesseltreiben ...

(SB) 12. Februar 2019 - Unter den Funktions- und Geldeliten dieses Staates scheint die Angst umzugehen. Man hat etwas zu verlieren und wähnt sich von der sozialen Opposition der außerparlamentarischen Linken bedroht. Jüngstes Ergebnis eines regelrechten Rundumschlages gegen linke AktivistInnen ist das Verbot zweier kurdischer Verlage, das heute vom Bundesinnenministerium verhängt und mit Hausdurchsuchungen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen durchgesetzt wurde. Es habe sich der Verdacht erhärtet, daß der Geschäftsbetrieb der beiden Verlage lediglich ein Tarnmantel sei und der PKK diene, so die Begründung des Ministeriums.

Der nun verbotene Mezopotamien-Verlag war bereits vor einem Jahr zum Ziel einer sich über mehrere Tage erstreckenden Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktion geworden. Ganze sieben Lastwagenladungen mit Büchern und Tonträgern wurden damals von der Polizei konfisziert. Das freie Wort nicht nur eines Abdullah Öcalan, der mit dem demokratischen Konföderalismus das glatte Gegenteil dessen vorschlägt, was dem Verlag als Verstoß gegen den Gedanken der Völkerverständigung angelastet wird, sondern auch international bekannter Autoren wie Yasar Kemal, Orhan Pamuk, Nazim Hikmet, Leo Tolstoi oder Victor Hugo fielen dieses Mal zwar nicht den Flammen zum Opfer, wurden aber doch der Lektüre durch Menschen vorenthalten, die über den Tellerrand bloßen Konsums und ohnmächtiger Beherrschbarkeit hinausschauen wollen.

Anstatt der Opposition gegen das Erdogan-Regime in der Bundesrepublik die Möglichkeit zu geben, den demokratischen Widerstand, der ihr in der Türkei verwehrt wird, auszuüben, unterliegt sie auch hier der politischen Verfolgung. Dabei gelangt vor allem das Gesinnungsstrafrecht nach Paragraph 129 b zur Anwendung. So wurde der türkische Sozialist Musa Asoglu letzte Woche in Hamburg wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland zu sechs Jahren und neun Monaten Haft verurteilt. Zur Last gelegt wurden ihm keine militanten Aktionen, das Organisieren von Kundgebungen und Konzerten der politischen Musikgruppe Grup Yorum reichten aus, ihn der Mitgliedschaft der verbotenen DHKP-C zu bezichtigen. Wegen dieses Vorwurfes hatte er im Jahr 2007 vor einem belgischen Gericht bereits einen Freispruch erlangt. Als ob es darum ginge, in der Bundesrepublik eine Außenstelle des türkischen Repressionsapparates einzurichten, werden kurdische und türkische Linke hierzulande mit juristisch frag-

würdigen Mitteln hinter Gitter gebracht, so daß der Verdacht, die Bundesregierung wolle sich dem AKP-MHP-Regime andienen, nicht ausbleiben kann.

Zudem wird mit der politischen Unterdrückung seiner GegnerInnen auch das Bündnis mit der US-Regierung gefestigt. Diese verfolgt durchaus eigene Interessen, wenn sie ein Kopfgeld von vier Millionen Dollar auf den Kovorsitzenden des Exekutivrates der Koma Civaken Kurdistan, Cemil Bayak, als auch drei Millionen Dollar auf Musa Asoglu aussetzt. Isoliert und kriminalisiert werden sollen gerade diejenigen, die aufgrund ihrer Erfahrungen mit dem US-amerikanischen Imperialismus keinem Bündnis mit der Regierung in Washington zustimmten. Die Bundesrepublik wiederum scheint das deutschen Hegemoniestreben im Nahen und Mittleren Osten am besten dadurch gewährleistet zu sehen, im Schatten US-amerikanischer Militärmacht zu agieren.

Auch die Klimagerechtigkeitsbewegung wird immer härter angefaßt. Nachdem letzte Woche in Reaktion auf den unsäglichen Kompromiß der Kohlekommission Bagger in den Braunkohletagebauen Jänschwalde und Welzow Süd besetzt worden waren, wurden 23 AktivistInnen auf dem Weg in die Gefangenensammelstelle fünf Stunden in Handfesseln ohne Trinkwasser oder die Möglichkeit, zum Klo zu gehen oder zu telefonieren, in ungeheizten Polizeibussen festgehalten. Nachdem sie bereits den ganzen Tag in der Kälte auf Baggern verbracht hatten, setzte man die Gefangenen auf diese Weise unter Druck, um den Widerstand gegen die von ihnen verlangte Angabe der Identität zu brechen. Während die meisten AktivistInnen im Lauf der Tage der Forderung nachkamen, befinden sich eine Woche später noch drei AktivistInnen in Cottbus in U-Haft [1]. Weil sie nicht mit einer Justiz kooperieren, die ein politisches System schützt, das den schwerwiegenden sozialen Folgen des Klimawandels insbesondere im globalen Süden zugunsten des eigenen Wohlstandskonsums nicht entschieden entgegentreten will, wird die ganze Härte einer Repression auf sie angewendet, die stetig verschärft wird, um Handlungsmöglichkeiten sozialer Bewegungen wie die des zivilen Ungehorsams einzuschränken.

Auch im Rheinischen Braunkohlerevier befinden sich drei AktivistInnen nach einer Baggerbesetzung seit einigen Tagen in polizeilichem Gewahrsam. Seit über vier Monaten wird ein Aktivist der Hambacher Waldbesetzung wegen des Vorwurfes des tätlichen Angriffes auf Vollstreckungsbeamte in U-Haft festgehalten. Mit der gesetzlichen Erweiterung der Vollmachten der Polizei wird dieser Straftatbestand immer weiter auf passive Akte wie der des Versuches, sich einer Maßnahme der Polizei zu entziehen, ausgedehnt. Da dieses Land noch möglichst lange von den angeblichen Segnungen fossiler Energieproduktion profitieren will, wird der dagegen gerichtete Widerstand kriminalisiert, wenn sich nur die vage Möglichkeit dazu bietet.

Dementsprechend geraten auch Rechtshilfe- und Informationsstrukturen der Linken ins Visier politischer Verfolgung. So wird die Rechtshilfeorganisation Rote Hilfe mit Verbotsforderungen belegt, und nach dem Verbot von Indymedia linksunten vor anderthalb Jahren fordert die AfD nun das Verbot der verbliebenen Informationsplattform Indymedia. Es ist ein bezeichnendes Symbol für die Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse in Richtung der extremen Rechten, wenn diese im Mainstream staatlicher Verbotspolitik segeln und sich bei weiteren Maßnahmen gegen die linke Opposition nützlich machen kann. Da AfD und Konsorten allem behaupteten Aufbegehren gegen das "Establishment" die Staatsgewalt nicht autoritär genug sein kann, wird ihnen freie Hand gelassen, wenn sie sich als SachwalterInnen herrschender Interessen anbieten. Während die bürgerlichen Parteien sich pro forma von der extremen Rechten distanzieren, nehmen sie deren Dienste als Fußsoldaten gerne in Anspruch. Wer hingegen für eine Welt sozialer Gleichheit, für die Einebnung aller Grenzen und die Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen aufsteht, wird als Bedrohung der kapitalistischen Eigentumsordnung identifiziert und bekämpft.

Anmerkungen:

[1] https://www.ende-gelaende.org/de/press-release/pressemitteilung-vom-12-02-2019/

http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/repr1630.html

POLITIK / ERNÄHRUNG / INTERNATIONAL

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Mexiko

Garantiepreise und offener Markt

*von Ana de Ita**

(Mexiko-Stadt, 31. Januar 2019, la jornada) - In Mexiko markieren die neuen Garantiepreise für Mais, Bohnen, Reis und Weichweizen einen Wendepunkt nach 30 Jahren neoliberaler Reformen im Landbau. Zwischen 1989 und 1994 wurden die Garantiepreise abgeschafft, um das Terrain für den Nordamerikanischen Freihandelsvertrag NAFTA zu bereiten. Die Landwirt*innen, die ihre Ernten der staatlichen Aufkaufeinrichtung Conasupo zu festen Preisen übergaben, sahen sich dieser Möglichkeit von einem Tag auf den anderen beraubt. Und sie fanden keine Käufer*innen für ihre Ackerbauprodukte mehr.

Ihre Antwort bestand in riesigen Demonstrationen, die sie vom Norden bis ins Zentrum des Landes führten. Sie initiierten Hungerstreiks, schlossen internationale Grenzübergänge, besetzten die zentralen Plätze in den Städten, organisierten Karawanen mit Traktoren. Trotz ihrer Anstrengungen verloren sie den Krieg um die Nahrungsmittelproduktion und deren Markt. NAFTA wurde durchgesetzt und die Kontrolle des mexikanischen Nahrungsmittelsektors ging auf die multinationalen Unternehmen über. Ernesto Zedillo (Mexikos Präsident von 1994 bis 2000) schaffte die Conasupo 1998 ab. Gleichzeitig überließ er den Markt für Mais den Konzernen, die den Weltmarkt kontrollieren. Die zollfreien Maisimporte überschwemmten den Binnenmarkt. Die nachfolgenden Regierungen rechtfertigten die Nahrungsmittelabhängigkeit als einen unvermeidlichen Zustand im Globalen Dorf.

Zwei Millionen Arbeitsplätze gingen verloren

Die Kleinbäuer*innen flüchteten sich in die Selbstversorgung; damit gingen zwei Millionen Arbeitsplätze im Landbau verloren. Die mittelständischen landwirtschaftlichen Produzent*innen, die über ihre Organisation und genossenschaftlich strukturierte Unternehmen versuchten, die Vermarktung ihrer Produkte zu kontrollieren, wurden von Regierungsstellen aus ruiniert. Der Weg sollte frei gemacht werden für die Großproduzent*innen - etwa zehn Prozent der mexikanischen Produzent*innen - und die multinationalen Vermarkter. Für diese gab es mittels verschiedener Programme Subventionen in Form von Versicherungen, Transportinfrastruktur, Krediten, Zielpreisen, Vermarktungszuschüssen und der Befreiung von Importzöllen.
Der Anstieg der Nahrungsmittelabhängigkeit geschah allmählich und systematisch. Er wurde als zwangsläufiger Umstand des freien Handels betrachtet. Fast 3,8 Milliarden Dollar wurden 2017 für den Import von Grundnahrungsmitteln bezahlt. Stolz erklärte der damalige Präsident Peña Nieto, dies werde mit dem Verkauf von Avocados und Beerenfrüchten für den US-Markt finanziert.

Importzölle bleiben verboten

Angesichts dieses Szenariums bedeuten die von der Regierung unter Präsident Andrés Manuel López Obrador eingeführten Garantiepreise eine Wende. Doch sie werden in einem offenen Markt zur Anwendung kommen. Der neuverhandelte Vertrag zwischen Mexiko, USA und Kanada (der sogenannte T-MEC) verbietet jede Art von Zöllen oder Handelsbarrieren für Importe. Darum können die Preise nicht als ein Regulierungsinstrument dienen. Sie dürfen weder die Binnenpreise noch die multinationale Kontrolle der Märkte beeinträchtigen.

Die neuen Garantiepreise für Mais und Bohnen, also die von der Mehrheit der Kleinbäuer*innen angebauten Ackerprodukte, haben vor allem zum Ziel, die Einkommen de Campesinos zu unterstützen, die Selbstversorgung der Familien mit Nahrungsmitteln zu stärken und zu erreichen, dass sie einen kleinen Überschuss erwirtschaften, den sie auf den Markt bringen können. Gezahlt werden sie an Landwirt*innen mit Parzellen von einer auf maximal fünf Hektar begrenzten Gesamtfläche. Das Limit beim Aufkauf beträgt 15 Tonnen bei Bohnen und 20 Tonnen bei Mais. Den Transport zu den Anlieferungszentren wird die Regierung bezahlen.

Die neu geschaffene Einrichtung Mexikanische Ernährungssicherheit (Segalmex) wird die Tonne Bohnen zum Preis von 14.500 Pesos abnehmen; derzeit werden in den Bohnen produzierenden Regionen 9.000 Pesos bezahlt. Für die kommende Maisernte im Herbst und Winter ist ein Garantiepreis von 5.610 Pesos zugesagt, derzeit bekommen die Bäuer*innen 4.200 Pesos. Da die Infrastruktur von Conasupo privatisiert wurde, wird Segalmex auf andere vorhandene öffentliche und private Kapazitäten zurückgreifen.

Verlustgeschäft für die Regierung droht

Zwar erhofft sich die Regierung zurückgehende Importe bei diesen beiden Grundnahrungsmitteln - zehn Prozent beim Bohnenkonsum und 45 Prozent beim Mais. Es ist aber unwahrscheinlich, dass dies geschieht. Denn die Importe sind nicht fehlender mexikanischer Produktion geschuldet, sondern den Vorteilen bei Preisen, Subventionen und Finanzierungsmechanismen, die die Importe den industriellen Verbraucher*innen dieser Produkte bieten. Beim Mais ist der Fall besonders kompliziert. Ohne eigene Verteilungskanäle und unter den Bedingungen eines offenen Marktes wird die Regierung den Mais, den sie zu Garantiepreisen aufgekauft hat - etwa die Hälfte der mexikanischen Maisproduktion - zum internationalen Preis verkaufen müssen. Außerdem widmen die Kleinbäuer*innen mit weniger als fünf Hektar Land einen wichtigen Teil ihrer Produktion der Selbstversorgung. Wenn sie aber ihren Mais oder ihre Bohnen nicht verkaufen, erhalten sie die Subvention nicht.

Die Garantiepreise für Weichweizen und Reis zielen vor allem darauf ab, das Einfuhrvolumen zu senken. Darum gibt es keine Beschränkungen bei der Parzellengröße pro Landwirt*in, sondern nur Mengenbegrenzungen. Diese Produkte werden direkt von der Agroindustrie gekauft werden, die Regierung wird den Produzent*innen die Preisdifferenz zahlen.

Nach offiziellen Berechnungen werden zwei Millionen Landwirt*innen von den Garantiepreisen profitieren. Doch indem der Verkauf individualisiert vonstatten geht, ohne die Rolle der Produzent*innenorganisationen zu berücksichtigen, wird die schwache Stellung der Kleinbäuer*innen auf dem Markt reproduziert.

** Ana de Ita ist Leiterin des Studienzentrums für den Wandel im Mexikanischen Landbau (Ceccam)*

URL des Artikels:
https://www.npla.de/poonal/garantiepreise-und-offener-markt/

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

*

Quelle:
poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: http://www.npla.de

http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ernaehr/peri0198.html

Kooperationspartner

poonal
Kooperationspartner von Schattenblick

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: http://www.npla.dee

RECHT / FAKTEN / INTERNATIONAL

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Brasilien

Keine Beweise im neuen Urteil gegen Ex-Präsident Lula

(Brasilia, 7. Februar 2019, brasil de fato/poonal) - Der ehemalige brasilianische Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva ist erneut verurteilt worden. In dem als "sítio de Atibaia" [1] bekannten Prozess, der Teil des Korruptionsfalls "Lava Jato" (Autowaschanlage) ist, wurde Lula am 6. Februar zu zwölf Jahren und elf Monaten [2] Haft wegen Korruption und Geldwäsche verurteilt. Seit dem 7. April 2018 sitzt Lula bereits eine erste Strafe von zwölf Jahren und einem Monat im Gefängnis in Curitiba im Bundesstaat Paraná ab.

Ausgesprochen wurde das erstinstanzliche Urteil von Richterin Gabriela Hardt, Leiterin der Verhandlungen im Fall "Lava Jato" in Curitiba. Sie ersetzt in dieser Position den ehemaligen Richter und aktuellen Justizminister Sérgio Moro, der Lula bereits 2017 im Zusammenhang mit Geldwäsche zu mehreren Jahren Haft verurteilt hat. Die Richterin geht davon aus, dass der PT-Politiker Bestechungen in Form von Renovierungsarbeiten an einem Anwesen in der Stadt Atibaia, im Bundesstaat São Paulo, erhalten habe. Die Verteidigung kann Rechtsmittel gegen dieses Urteil einlegen.

Der neue Schuldspruch gegen Lula rief unmittelbar die Entrüstung der Verteidigung des Politikers der Arbeiterpartei PT (Partido dos Trabalhadores) hervor. Auch Lulas Anwälte negieren diese Anschuldigungen. Die Verteidigung Lulas argumentiert, dass das Urteil auf der Zeugenaussage des Unternehmers Leo Pinheiro [3] des brasilianischen Baugiganten OAS gründet, dessen Aussage sich nach Absprache mit der Anklage strafmildernd auf seinen eigenen Prozess auswirkt. In der Rechtspraxis der Höheren Gerichte zeigt sich jedoch, dass Aussagen, die nach solchen Übereinkünften abgelegt werden, nicht ausreichend für eine Verurteilung sind. "Es gibt keinen Beweis. Er hat die Renovierungen nicht angewiesen. Das Ziel ist es, Lula im Gefängnis festzuhalten", sagt Lulas Anwalt in Curitiba, Manoel Caetano, gegenüber TV 247.

Ein politischer Prozess

Um passive Korruption nachzuweisen, muss die Anklage aufzeigen, welche Zuwendungen ein*e öffentliche*r Akteur*in erhalten hat und spezifizieren, welche Gegenleistung innerhalb des Amtes im Tausch gegen die Leistungen ausgeführt wurden. Die Anklage enthält diese Informationen jedoch nicht. Laut der Anschuldigungen hätten die Bauunternehmen OAS, Schahin und Odebrecht eine Reihe Renovierungsarbeiten auf dem Grundstück im Wert von 920.000 Real (ca. 220.000 Euro) bezahlt. Im Gegenzug habe Lula der Firma Vorteile bei Verträgen mit dem Ölkonzern Petrobrás verschafft. Das Urteil enthält jedoch keine Informationen darüber, ob Lula der Eigentümer der Immobilie ist. Offizieller Besitzer ist der Unternehmer Fernando Bittar.

Die Verteidigung hat während des Prozesses hervorgehoben, dass Lula nicht der Begünstigte der Renovierungsarbeiten war, auch wenn er sich regelmäßig auf dem Grundstück aufhielt. Die Richterin akzeptierte dieses Argument jedoch nicht.

Der ehemalige Justizminister Eugênio Aragão, der die Verteidigung des Ex-Präsidenten unterstützt, erklärte, dass rechtlich gesehen kaum ein positives Ergebnis des Falles möglich sei, da die Prozesse aus politischen Gründen gegen ihn geführt würden. "Ein wünschenswerter Ausgang des Falles Lula wäre politischer Natur, nicht rechtlicher. Die Anschuldigungen gegen ihn und die Verurteilung sind politisch. Nicht zwingend parteiisch, aber sie sind Teil eines gemeinsamen Projektes [des Innen- und Justizministeriums]", erklärte Aragão.

"Lula ist ein politischer Gefangener"

Gleisi Hoffmann, Bundesabgeordnete für den Bundesstaat Paraná und nationale Präsidentin der PT, sagte, "es lässt sich keine Ernsthaftigkeit vonseiten der Gerichte in der Durchführung der Untersuchungen erkennen", wie das Urteil aufzeige. Auch der Fraktionsführer der PT in der Abgeordnetenkammer Paulo Pimenta versprach die Unterstützung seiner Partei und betonte, sie werde "[den Schuldspruch] innerhalb und außerhalb des Landes verurteilen. Teile des Urteils weisen starke rechtliche Abweichungen auf". Er erinnerte weiterhin an folgenden Zusammenhang: "ein großer Teil des Prozesses wurde von Sérgio Moro durchgeführt, der heute Minister des Gegners [Präsident Jair Bolsonaro] des ehemaligen Präsidenten Lula ist".

Der ehemalige Senator Lindbergh Farias (PT) sprach sich auf Twitter gegen die Verurteilung des Ex-Präsidenten aus: "Sie wollen, dass Lula im Gefängnis stirbt. Er stellt eine große Gefahr dar, weil er die arme Bevölkerung Landes repräsentiert und ihnen aus dem Herzen spricht. Die ganze Welt weiß, dass Lula ein politischer Gefangener ist", twitterte er. Auf derselben Plattform erinnerte Gleisi Hoffmann an Lulas Nobelpreisnominierung: "Lulas Verfolgung hört nicht auf. Ein zweites Urteil wurde ausgesprochen, gerade als die Wahrscheinlichkeit auf einen Nobelpreis stieg. In Erinnerung an die Bevölkerung und an die Geschichte: Lula wird immer größer sein, als seine Henker #LulaLivre".

Übersetzung: Nadine Weber

Anmerkungen:

[1] https://www.brasildefato.com.br/2018/12/11/de-pedalinhos-a-cuecas-as-inconsistencias-do-caso-sitio-de-atibaia/

[2] https://www.brasildefato.com.br/2019/02/06/lula-e-condenado-a-12-anos-11-meses-de-prisao-no-caso-sitio-de-atibaia/

[3] https://blogdacidadania.com.br/2019/01/delacao-de-leo-pinheiro-e-premio-por-mentir/

URL des Artikels:
https://www.npla.de/poonal/keine-beweise-im-neuen-urteil-gegen-ex-praesident-lula/

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

*

Quelle:
poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: http://www.npla.de

http://www.schattenblick.de/infopool/recht/fakten/rfi00265.html

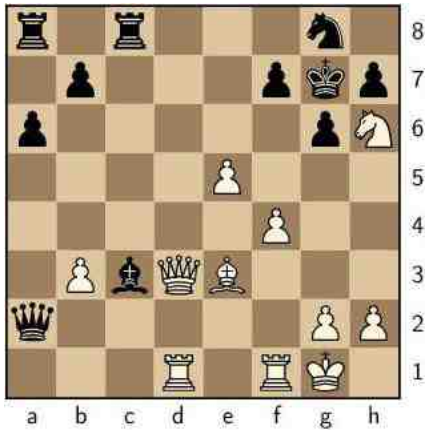
SCHACH - SPHINX

Böser-Bube-Image

(SB) - "Viktor der Schreckliche", dieser Kampfname aus alten Tagen mißfällt Kortschnoj heutzutage. Nicht, daß er im Alter bißlos geworden wäre. Nein, das sei ferne. Aber in der neuen Zeit ist das Böse-Bube-Image überholt. Vorbei sind die Schlachten, als er gegen das Sowjetregime gewettert hatte. Inzwischen ist Friede in seine Seele eingekehrt. Mit den Jahren kommt man eben auch zur Einsicht. Selbst seinem Uraltrivalen Anatoli Karpow gegenüber legt er mildere Töne an. Karpow kommt nun ebenfalls ins Alter, wo er sich gegen die junge Meute zur Wehr setzen muß. Das verbindet, das schafft eine Art von Seelenverwandtschaft, zumindest gegen die nachdrängende Jugend, die mittlerweile ohnehin das Terrain beherrscht. Ganz oben mitmischen kann Kortschnoj freilich nicht mehr. Anand, Kramnik, Swidler - selbst Kortschnojs Erfahrung bleibt da auf der Strecke. Hin und wieder allerdings, wie 1998 in Sarajewo, da ließ Kortschnoj durchaus die Truppen antreten zu einer würdigen Feldschlacht, und dem Bosnier Kozul verging im heutigen Rätsel der Sphinx die Sprache, als Kortschnoj mit den weißen Steinen seinem alten Kampfnamen 'der Schreckliche' noch einmal alle Ehre machte, Wanderer.

Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Es blitzte schier im Turniersaal, als Schirow nach Kramniks letztem Zug 1.d6-d7 mit 1...Dd8-b6!!



Kortschnoj - Kozul
Sarajewo 1998

konterte. Ein ganzer Turm wird hingegeben, um den in der Mitte festgesetzten weißen König ins Visier zu nehmen. Nach 2.d7xe8D+ Ta8xe8 drohte ein vernichtendes Abzugsschach, das nur mit 3.Dd2-e3 zu verhindern war, worauf Schirow in ein gewonnenes Endspiel abwickelte: 3...Lf6xg5 4.De3xb6 Lg5xh4+ 5.Ke1-d2 a7xb6 6.f3xe4 Te8xe4 7.Kd2-c2 - trotz des Qualitätsgewinns war Weiß dem schwarzen Läuferpaar bedingungslos unterlegen - 7...Te4- g4 8.Td1-d2 Lh4-e7 9.Th1-g1 Kg8-g7 10.Sh3-f2 Tg4-f4 11.Sf2-d3 Tf4-e4 12.Tg1-d1 La6-b5 13.a2-a4 Lb5-c6 14.Td1-e1? - ein Fehler in verzweifelter Lage - 14...Te4xe1 15.Sd3xe1 Le7-b4 16.Td2-e2 Lb4xe1 17.Te2xe1 Lc6xg2 18.Kc2-d2 h5-h4 - die schwarzen Königsflügelbauern treten entscheidend in Aktion - 19.Kd2-e3 Lg2-d5 20.b3-b4 h4-h3 21.Te1- e2 f7-f5 22.Te2-d2 Ld5-e4 23.Ke3-f4 Le4-g2 24.Td2-d7+ Kg7-f6 25.Td7-h7 g6-g5+ 26.Kf4-g3 f5-f4+ 27.Kg3-g4 Kf6-e5 28.b4-b5 und Weiß gab zugleich auf.

http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06836.html

UMWELT / MEINUNGEN

Insektensterben - Gefahr im Verzug ...

Um wirksam gegen das Insektensterben vorzugehen, ist eine gute Wissensbasis unerlässlich. Ein konsequentes und bundesweit einheitliches Monitoring dient der Erfassung und Quantifizierung des Zustands und der Veränderung von Insektenbeständen und ist Grundlage für die Erfolgskontrolle von Maßnahmen zum Insektenschutz in der Zukunft. Gleichzeitig bedarf es einer Intensivierung der Insektenforschung, die noch vorhandene Wissenslücken schließt.
(aus: Punkt 7 des Eckpunktepapiers zum Aktionsprogramm Insektenschutz der Bundesregierung, Juni 2018) [1]

(SB) 12. Februar 2019 - Einer aktuellen Übersichtsstudie zufolge sind weltweit mehr als 40 Prozent der Insektenarten gefährdet, und ein Drittel gilt bereits als vom Aussterben bedroht. Der Insektenrückgang findet im Zuge des gegenwärtigen Beginns des sechsten Massensterbens der Erdgeschichte statt, sagen die mit der Untersuchung befaßten Forscher in der Fachzeitschrift "Biological Conservation" online [2]. Sie warnen eindringlich, Insekten seien unverzichtbar. Ohne sie würden ganze Ökosysteme kollabieren, und als Bestäuber von Nutzpflanzen besäßen sie auch für die Menschen eine wichtige Funktion. Wenn wir nichts daran ändern, wie wir unsere Nahrungsmittel produzieren, werden die Insekten insgesamt in wenigen Jahrzehnten komplett verschwinden, heißt es. Und weiter: Die Folgen für die planetaren Ökosysteme wären, "gelinde gesagt", katastrophal.

Die Forscher Francisco Sánchez-Bayo von der Universität Sydney in Australien und Kris Wyckhuys von der Chinesischen Akademie der Agrarwissenschaften in Peking haben 73 Studien über Insektenschwund aus aller Welt ausgewählt, untersucht und ermittelt, ob gemeinsame Ursachen für die Verluste ausfindig zu machen sind. Auffällig ist, daß zu den betroffenen Insektengruppen nicht nur Spezialisten gehören, die bestimmte ökologische Nischen besetzen, sondern auch viele gewöhnliche und generalistische Arten. Gleichzeitig nimmt die Häufigkeit einer kleinen Anzahl von Arten zu. Diese zeigen sich als sehr anpassungsfähig und generalistisch. Sie besetzen die freien Nischen, die von den rückläufigen Arten hinterlassen werden.

Als wichtigster Faktor des Insektenrückgangs gilt demnach der Verlust von Lebensräumen, die Umstellung auf intensive Landwirtschaft und Urbanisierung. An zweiter Stelle folgt der Einsatz synthetischer Pestizide und Düngemittel. Biologische Faktoren wie die Verbreitung von Krankheitserregern und das Eindringen fremder Arten werden an dritter Stelle genannt. Der Klimawandel hat in dieser Auswertung den vierten Rang eingenommen.

"Nur" den vierten Platz, könnte man sagen, hat doch ein Anstieg

der Durchschnittstemperatur um zwei Grad Celsius im tropischen Regenwald von Puerto Rico binnen 35 Jahren ein stellenweise nahezu komplettes Insektensterben ausgelöst [3].

Allerdings ergibt sich bereits ein vollkommen anderes Bild bei dem über knapp drei Jahrzehnte gemessenen Insektenrückgang an vielen Dutzend Standorten in Schutzgebieten insbesondere Nordrhein-Westfalens. Um teilweise über 75 Prozent hat dort die Insektentrockenmasse abgenommen, stellte der Entomologische Verein Krefeld fest. Aber zu Klimafaktoren konnte keine Verbindung hergestellt werden, wie der an der Untersuchung beteiligte Biologe Dr. Martin Sorg gegenüber dem Schattenblick sagte: "Wir haben die Klimadaten von 27 Jahren - die Tagesklimadaten von über 100 Meßstationen - mit dem gesamten Datensatz der Insektenmengen verglichen und nahezu keinen Einfluß gefunden. Wenn mich vorher jemand gefragt hätte, hätte ich wenigsten einen gewissen Einfluß vermutet. Aber da war nichts." [4]

Das Artensterben unter Insekten läuft achtmal schneller ab als das unter Säugetieren, Vögeln und Reptilien. Die Abundanz (Verbreitung) nimmt jährlich um 2,5 Prozent ab, so daß rechnerisch gegen Ende des Jahrhunderts überhaupt keine Insekten mehr auf diesem Planeten existieren. Mit diesem Rückgang verschwinden auch die Tiere, die Insekten fressen. Das können andere Insekten sein wie zum Beispiel Libellen, aber eben auch Echsen, Amphibien, Fische und nicht zuletzt Vögel.

Die deutsche Regierung will zwar im Frühsommer dieses Jahres ein Konzept für ein bundesweites Monitoringzentrum für Biodiversität einrichten [5], doch die Frage, ob damit die Vorstellungen der Unterzeichnenden des "Münsteraner Appells" [6] getroffen werden, die Ergebnis einer Tagung des NABU am Institut für Landschaftsökologie der Uni Münster war [7], kann zur Zeit noch nicht beantwortet werden. Es fällt jedoch auf, daß die wissenschaftliche Untersuchung des in Deutschland und weltweit beobachteten Insektenschwunds bei der Politik anscheinend keine so hohe Priorität genießt, daß sie dies im Rahmen ihrer Exzellenzstrategie für besonders förderungswürdig hält. In der am 27. September 2018 veröffentlichten Liste der Förderprojekte taucht bei keinem der Exzellenzcluster das Problem des Insektenrückgangs auf. Das kann daran liegen, daß entsprechende Anträge gar nicht erst gestellt wurden, aber eben auch, daß sie abgelehnt wurden. In beiden Fällen bleibt zu konstatieren, daß das Thema nicht so hoch gehängt wird, wie man nach den offiziellen Verlautbarungen meinen könnte.

Sicherlich wird die Bundesregierung das Problem des Insektenschwunds nicht allein lösen. Aber umgekehrt wird sich ohne die Beteiligung von Regierungen gar nichts ändern. In Bayern werden zur Zeit die Rathäuser gestürmt. Noch bis zum Mittwochabend läuft dort ein "Volksbegehren Artenvielfalt" [8], mit dem versucht wird, die Landesregierung zu strengeren Naturschutzgesetzen zu bewegen.

Wenn im obigen Eingangszitat die Rede von "noch vorhandenen Wissenslücken" ist, die geschlossen werden sollen, klingt das so, als sei das eine Kleinigkeit. Doch so nützlich ein bundesweites Monitoringzentrum zur Biodiversitätsforschung auch sein mag, es geht dabei zunächst einmal, wie der Name schon sagt, um ein Monitoring, also um ein Beobachten und das Sammeln von Daten. Wenn solch ein Zentrum in ein, zwei Jahren seine Arbeit aufnehmen sollte, werden voraussichtlich weitere Jahre vergehen, bis genügend große Datenmengen zusammengekommen sind, um daraus Handlungsempfehlungen an die Politik abzuleiten. Unterdessen schreitet das Insektensterben voran, und einmal verlorengegangene Arten kommen nicht wieder zurück. Die Verluste sind endgültig. Vor rund 480 Millionen Jahren haben sich die Insekten aus dem Meeresleben weiterentwickelt. Die Erde durchläuft zur Zeit eine evolutionäre Epoche, bei der sich die Zeit der Insekten dem Ende zuneigt.

Anmerkungen:

[1] https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Artenschutz/eckpunkte_insektenschutz_bf.pdf

[2] https://doi.org/10.1016/j.biocon.2019.01.020

[3] http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umkl-673.html

[4] http://schattenblick.de/infopool/umwelt/report/umri0271.html

[5] http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/066/1906683.pdf

[6] https://nrw.nabu.de/imperia/md/content/nrw/stellungnahmen/180315-muensteraner-appell.pdf

[7] http://schattenblick.de/infopool/umwelt/report/umrb0133.html

[8] https://volksbegehren-artenvielfalt.de/2019/02/11/die-bienen-haben-noch-nicht-gewonnen-jetzt-kommt-es-auf-jede-stimme-an/

Jazz und mehr ...

Samstag, 16. Februar 2019, 20.00 Uhr

Kulturcafé Komm du

Buxtehuder Str. 13, 21073 Hamburg-Harburg, www.komm-du.de

Eintritt frei / Hutspende

_____I n h a l t_____Ausgabe 2829 / Mittwoch, den 13. Februar 2019____

1 SOZIALWISSENSCHAFTEN - REPORT: Beteiligungsmodul Psychologie - Selbstkritik ...
Prof. Dr. Klaus-Jürgen Bruder im Gespräch
5 POLITIK - REPORT: Dem Karl Liebknecht haben wir's geschworen - der Stab wird weitergereicht ...
13 POLITIK - REDAKTION: Rüstung - die Wahrheit stirbt zuerst ...
15 POLITIK - KOMMENTAR: Sozial fortschrittlich und links - Kesseltreiben ...
17 POLITIK - ERNÄHRUNG: Mexiko - Garantiepreise und offener Markt (poonal)
19 RECHT - FAKTEN: Brasilien - Keine Beweise im neuen Urteil gegen Ex-Präsident Lula (poonal)
20 SCHACH-SPHINX: Böser-Bube-Image
21 UMWELT - MEINUNGEN: Insektensterben - Gefahr im Verzug ...
23 VERANSTALTUNGEN: Toneart - Jazz und mehr, 16. Februar 2019
24 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 13. Februar 2019

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 13. Februar 2019

+++ Vorhersage für den 13.02.2019 bis zum 14.02.2019 +++

Trübe, grau und Schwerenot
trägt das Wetter heute wohl,
Jean auf Überfahrt im Boot
kaut auf einem Blumenkohl.

IMPRESSUM **Elektronische Zeitung Schattenblick**

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
ISSN 2190-6963
Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.